

# Was will die SPD heute unter Sozialer Gerechtigkeit verstehen?

Von Sönke Klages

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärs Du nicht reich.“ (Brecht)

Eigentlich gelte es, „Ideologieschrott“ über Bord zu werfen, so der SPD-Generalsekretär. Weil aber große Teile der Partei und der Gesellschaft immer noch nicht recht überzeugt sind von Gesundheits- und Arbeitsmarkt-„Reformen“, die SPD aber doch gefälligst „gut finden“ soll, was die Regierung tut (Scholz), muss ein neuer ideologischer Überbau nachgeschoben werden, der den Richtungswechsel zu rechtfertigen hilft. Dabei wird zur Konzeption verklärt, was real hilf- und mutlose Anpassung an die Dauerstimmungsmache von Wirtschaftslobby, Medienkonzernen und wichtigtuerschen „Vordenkern“ war: an den Mainstream neoliberaler Krisenerklärung und Gegenreform. Um sich die offenkundige Illusion „wir bestimmen die Richtung der Reformen“ (derselbe) vorzugaukeln und die konformistische Banalität durch eine „Vision“ zu kaschieren, wird der Traditionsbegriff der Gerechtigkeit noch einmal vor der Verschrotung bewahrt und neu aufpoliert – freilich mit grobem Tuch und Creme aus fremder Produktion.

## Gerechtigkeit im Berliner Grundsatzprogramm

Die Neufassung des SPD-Grundsatzprogramms soll zwar erst im nächsten Jahr erfolgen, doch die Frage „Was bedeutet heute soziale Gerechtigkeit?“ wird auf den Bundesparteitag im November vorgezogen. Hierzu hat Olaf Scholz jetzt ein Papier vorgelegt, das die Umdeutung des Gerechtigkeitsbegriffs fortschreibt, wie sie bereits von Bodo Hombach, Wolfgang Clement, Rudolf Scharping u.a. eingeleitet wurde. Es geht im Kern um den Verzicht auf Verteilungsgerechtigkeit, die ersatzweise Förderung von Bildungschancen, die schrittweise

Ersetzung von solidarischer Absicherung durch private Eigenvorsorge und die Forcierung von quasi Zwangsarbeit im Niedriglohnbereich.

Doch bevor wir uns dem näher zuwenden, erinnern wir uns an die bisher gültige sozialdemokratische Auffassung von Gerechtigkeit: „Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau. Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD) Hier wird noch ein enger Zusammenhang von Gerechtigkeit und Gleichheit formuliert: Weil alle Menschen gleiche Würde besitzen, haben auch alle das Recht auf gleichberechtigte soziale, kulturelle und politische Teilhabe.

Weil alle Menschen gleiche Würde besitzen, haben auch alle das Recht auf gleichberechtigte soziale, kulturelle und politische Teilhabe.

Ersetzen die soziale, kulturelle und politische Teilhabe. Weil alles dies in einer Warenaus- und Geldwirtschaft aber auf individuellen ökonomischen Ressourcen basiert, müssen diese, also v.a. das Einkommen, zumindest annähernd gleich verteilt sein. Auch deshalb wird klargestellt: „Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.“

Von konservativer und liberaler Seite wird diese Zielperspektive sozialer Gleichheit sei jeher als „Gleichmacherei“ diskreditiert, die entweder der Freiheit des Individuums (Liberalismus) oder der natürlichen Ungleichheit der Menschen (Konservatismus) entgegengesetzt sei. Obwohl mit dem Boom der Genforschung auch die konservative Weltanschauung wieder an Boden gewinnt (man sei halt dumm oder klug geboren, da könne man nichts machen), ist doch vor allem die liberale Unterstellung einer Zwangsangleichung der Lebensweise äußerst wirksam. Verschreckt durch entsprechende Versuche im sog. Realsozialismusglauben auch viele Sozialdemokraten an den angeblichen Wi-

derspruch zwischen Freiheit und Gleichheit. Doch richtig verstanden widersprechen sie sich nicht, sondern bedingen sich gegenseitig. Deshalb heißt es im Grundsatzprogramm: „Der Mensch ist als Einzelwesen zur Freiheit berufen und befähigt. Die Chance zur Entfaltung seiner Freiheit ist aber stets eine Leistung der Gesellschaft. (...) Freiheit verlangt Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, aber auch die Chance, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Chance zur Freiheit nutzen. Auch um der Freiheit willen wollen wir gleiche Lebenschancen und umfassende soziale Sicherung. (...) Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller. Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muss mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden.“

Diese differenzierte, aber klare Argumentation ignorierend, werden auch im Diskurs der selbsternannten „Modernisierer“ Freiheit und Gleichheit gegeneinander ausgespielt. So setzt auch Scholz soziale Sicherung subtil mit Entmündigung, mit Abhängigkeit in Verbindung. Sozialer Ausgleich wird gegen „Eigenverantwortung“ gesetzt, obwohl er doch erst die Voraussetzung ihrer Möglichkeit schafft. Die Ironie dabei ist, dass der deutsche (Sozial-)Staat in seiner konkreten Ausgestaltung tatsächlich auch autoritäre Züge einer „formierten Gesellschaft“ trug und trägt: in seiner enormen bürokratischen Verengung und Kontrolle, seiner Ausrichtung am konservativen männlichen Lebensmodell des „Haushaltsvorstands“, seiner starken, oft aggressiven Ablehnung neuer, alternativer Lebensformen. Bei alledem haben sich insbesondere traditionelle (rechte) Sozialdemokraten hervorgetan. Doch während linke und feministische Reformbestrebungen genau hier auf „Umbau“ im Sinne größerer Selbstbestimmung zielten, sollen bei den heutigen „Reformen“ im Namen der „Eigenverantwortung“ die repressiven Elemente noch verstärkt werden, während Frauen bei Renten-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitsreform absehbar die Hauptverliererinnen sein werden.

## Gerechtigkeit und sozialer Aufstieg

Der Sozialstaat, so der nahegelegte Schluss, müsse gleichsam um der Freiheit willen zu-

Sönke Klages, Jahrgang 1968, aktiv in der SPD Hamburg-Nord

rückgestutzt werden, die SPD solle sich in diesem Sinne gar als „Emanzipationsbewegung“ wiederentdecken – was sie angeblich „in den jüngsten Jahrzehnten“ nicht war. Doch wo das Pathos anschwillt, beschleicht einen die Sorge um die Substanz. Denn schon die Unterstellung, die SPD habe soziale Gerechtigkeit nur als Verteilungsgerechtigkeit und damit nicht „umfassend“ genug verstanden, ist falsch. Zum einen hat sich die SPD in ihrer Praxis schon lange auch den liberalen Grundsatz des „proportionalen Vergeltens“ zu eigen gemacht, allgemein bekannt unter dem Titel „Leistungsgerechtigkeit“. Und zum anderen war die reale SPD-Politik zwischen 1966 und 1982, in den Ländern auch noch länger, durch einen tatsächlich umfassenden Dreiklang aus sozialer Sicherung, Bildungsexpansion und dem Ausbau für alle bezahlbarer öffentlicher Dienstleistungen gekennzeichnet.

In der Praxis der letzten Jahrzehnte hat die SPD nie ernsthaft versucht, tatsächliche „Gleichheit“ durchzusetzen. Je mehr SozialdemokratInnen aus privilegierten Schichten stammten oder den individuellen Aufstieg in qualifizierte Angestellten- und Beamtenjobs geschafft hatten und die damit verbundenen Wohlstandsgewinne genossen (sowohl materiell als auch den sozialen Status betreffend), desto eher akzeptierte die Partei (und zunehmend auch die Gewerkschaften) die Realität hoher Einkommensunterschiede. Doch um diese zu rechtfertigen, ohne sie einfach aus ständischer Tradition begründen zu können, muss man den verschiedenen Qualifikationen und Tätigkeiten ein unterschiedliches Maß an „Leistung“ beimessen. Doch welcher Maßstab kann dem zugrunde liegen? Ins Feld geführt werden drei: Arbeitszeit, „Verantwortung“ und unterschiedlich hohe Qualifikationen. Bei näherer Betrachtung sind sie alle objektiv kaum haltbar. Die faktischen Arbeitszeiten vieler ArbeiterInnen und „kleinen“ Angestellten liegen weit über den nominellen, gemächlich anmutenden 35 oder 38 Stunden (Überstunden als Regelsituation). Warum ist die „Verantwortung“ eines Managers (als positive Bürde verstanden), der um der Aktionärsrendite willen Arbeitsplätze wegrationalisiert, per se höher als die der Krankenschwester? Und warum seine Qualifikation? Die ungleiche Bewertung von Ausbildungsgängen und Qualifikationen basiert auf der stets unterstellten Höherwertigkeit von geistigen gegenüber manuellen und sozialen Fähigkeiten – doch diese ist keineswegs objektiv zwingend, sondern gründet in dem historischen Privileg der höheren Stände und herrschenden Klassen, sich nicht die Finger schmutzig machen

**Je mehr Sozialdemokraten den individuellen Aufstieg geschafft hatten desto eher akzeptierte die Partei hohe Einkommensunterschiede.**

zu müssen. Tatsächlich beruhen die unterschiedlichen Leistungsbewertungen auf der gesellschaftlichen Definitions- und betrieblichen Durchsetzungsmacht der von ihnen profitierenden, also der Eigner, Manager, Intellektuellen, leitenden Beamten und PolitikerInnen. Die enormen Einkommensungleichheiten sind nicht allein faktischen Leistungsunterschieden geschuldet, sondern tradierten kulturellen Zuschreibungen, sozialen Machtgefällen und Kräfteverhältnissen. Heute kommt hinzu, dass selbst so akzeptierte Leistungsgerechtigkeit faktisch immer mehr versagt, was die Menschen auch wahr-

nehmen: zum einen spielt für das Einkommen immer öfter das vorhandene, oft geerbte Vermögen eine größere Rolle als tatsächliche Leistung, während andererseits auch (hoch-)qualifizierte Tätigkeiten zunehmend entwertet werden; zum zweiten verursacht das voranschreitende Wettbewerbsprinzip immer mehr „The winner takes it all“-Situationen, d.h. auch sehr geringe Leistungsunterschiede (oder Darstellungskunst, Beziehungen, Korruption oder schlicht Glück) können zu enormen Einkommensunterschieden führen; und zum dritten machen viele Menschen die Erfahrung, dass auch große Leistungen und großes „eigenverantwortliches“ Engagement nicht honoriert werden, etwa wenn trotz vieler (zunehmend selbstbezogener) Fort- und Weiterbildungen Arbeitslosigkeit doch nicht vermieden oder überwunden werden kann. (s. Birgit Mahnkopf: PROKLA 121, 2000)

Wenn die SPD die realen Einkommens- und Vermögensunterschiede als Resultate vermeintlicher „Leistungsgerechtigkeit“ bzw. unveränderlicher struktureller Kräfteverhältnisse auch weitgehend akzeptierte, so hat sie sich doch eine Ahnung davon bewahrt, dass diese nicht wirklich gerecht sind. Deshalb – bisher – die prinzipielle Solidarität mit gewerkschaftlichen Tarfkämpfen, deshalb – bisher – der Versuch, die ungerechte „Primärverteilung“ (Verhältnis zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen) durch steuer- und sozialpolitischen Ausgleich („Sekundärverteilung“) wenigstens zu korrigieren, also die soziale Ungleichheit „etwas gleicher“ zu machen. Weil dies im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse aber nur begrenzt möglich ist, hat man versucht, wenigstens „unverschuldete“ Unterschiede in der Leistungsfähigkeit auszugleichen, und zwar v.a. durch die Bildungspolitik: durch Ausbau, pädagogische und soziale Förderung sollte zumindest ansatzweise Chancen-Gleichheit erreicht werden. Insofern wurde der Grundsatz realisiert, den auch aufgeklärte Liberale wie der z.Zt. wohl bedeutendste Gerechtigkeitsphilosoph, der US-Amerikaner John Rawls, vertreten: um einen gerechten Ausgleich im Ergebnis zu gewährleisten, muss man vorab Ungleiches auch ungleich behandeln. (s. John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1971)

#### Das neue Gerechtigkeitsleitbild

Die bisherige Gerechtigkeitspolitik der SPD war also insofern umfassend, als das sie eine Einheit bildete aus ausgleichender Sozialpolitik, fördernder Bildungspolitik und weiteren öffentlichen Dienstleistungen im sozialen und kulturellen Bereich. Diese vergleichsweise wirksame Einheit wollen Sc-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

holz und andere modisch-windschnittige Genossen (im Zentrum nur Männer) nun auflösen: bei den öffentlichen Dienstleistungen wird laviert zwischen partiellem Ausbau (Kinderbetreuung), Sparpolitik und Privatisierungseifer. Bildungsförderung soll Sozialpolitik nicht mehr ergänzen, sondern (weitgehend) ersetzen. Sieht es auf den ersten Blick so aus, als hätte Scholz mit dem Thema Bildung nur „neu“ entdeckt, was doch als „Chancengleichheit“ schon längst zum sozialdemokratischen Kernbestand gehört, so tritt bei seinem Zugriff jedoch ein völlig anderes Gerechtigkeitsverständnis zutage.

Sein Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass unsere Gesellschaft sich polarisiert und immer mehr Menschen von sozialer Exklusion betroffen oder bedroht sind. Dies als Manager einer Regierungspartei anzuerkennen, ist ein Verdienst. Doch an seinen Lösungsrezepten dieses „zentralen Gerechtigkeitsproblems“ wird deutlich, dass er die individualisierende Ursachenzuschreibung der Neoliberalen verinnerlicht hat: verantwortlich für ihre (drohende) Exklusion sind die einzelnen Menschen selbst, denn sie sind entweder nicht gut genug qualifiziert, oder sie sind nicht bereitwillig genug, Billigjobs anzutreten. Da gerechte Politik als eine solche postuliert wird, die den Menschen hilft und sie drängt, sich selbst zu helfen (unter weitgehender Ausblendung der gesellschaftlichen Bedingungen und mangelhaften Möglichkeiten), wird sie im Kern reduziert auf zwei Dinge: zum ersten „Fördern und Fordern“ in und durch Bildung, und wenn dieses für einen qualifizierten Job nicht reicht, wenn – in dieser Logik – der oder die Einzelne also nicht leistungswillig genug war: der Ausbau des „Niedriglohnssektors“, verbunden mit einem hohen Druck, solche Jobs auch unter schlechtes-

ten Konditionen anzunehmen. Denn, so die These: Jeder Job ist besser als kein Job.

Dieses Gerechtigkeitsverständnis kann man am ehesten als „Startchancengleichheit“ bezeichnen: Das neoliberale Leitbild – und gleichzeitig weitgehend die Realität des modernen, deregulierten und globalisierten Kapitalismus – einer Gesellschaft, in der die Individuen in scharfer Konkurrenz jeder für sich und gegen (fast) alle anderen um ihren Anteil am Wohlstand, um Chancen für ein gutes Leben kämpfen, wird im Grunde akzeptiert. Nur sollen am Start, also am Beginn des Lebens, alle möglichst gleiche Chancen haben. Dass es unter „entfesselten“ kapitalistischen Bedingungen dennoch notwendig zu großer sozialer Ungleichheit kommt, dass es also notwendig Verlierer gibt, wird als notwendiges Übel, als Preis für eine „dynamische“ und „freie“ Gesellschaft hingenommen. Doch werden die Verlierer – das ist die zweite modern-sozialdemokratische Abdämpfung des reinen Neoliberalismus – nicht gänzlich fallengelassen, sondern knapp über dem Boden aufgefangen; mit dem „Netz“ eines Niedriglohnjobs, das sich für die Betroffenen aber schnell als Käfig herausstellen kann: denn einmal hier angekommen, hat man kaum noch Chancen, sich daraus wieder zu befreien. Gerade in Deutschland sind soziale Stigmatisierungen nach wie vor hoch wirksam. Wer einmal im Keller war, dem haftet der Geruch oft bleibend an, trotz vieler Bäder in Fleiß und Weiterbildung. Der Lebenslauf bleibt „beschmutzt“.

#### Die Agenda 2010 als Prototyp

Dieses „moderne“ Bild von Gerechtigkeit hat mit dem bisherigen sozialdemokratischen Leitbild von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit nicht mehr viel zu tun. Ging es bisher um annähernd gleiche Chancen auf individuelle Entfaltung und gesellschaftlich-kulturelle Teilhabe *während des ganzen Lebens* (s.o. gültiges Programm), so wird diese Gleichheit jetzt auf die vermeintliche Gleichheit am Start des Wettrennens und Wegboxens reduziert. Danach regiert die „freie“ Konkurrenz, die umso besser funktioniert, je rücksichtsloser sie ausgefochten wird. Wer abgehängt wird, hat Pech gehabt, bzw. war nicht leistungswillig genug. Nur wer verwundet liegen bleibt, wird vom „Lazarettwagen“ (Rudolf Scharping) eingesammelt.

Dass der ideologische Überbau der Agenda 2010 so aussieht, ist kein Zufall: Auch die vorgezogene Steuerreform wird die Schwächung der Massenkauftkraft und damit der Binnennachfrage nicht ausgleichen können, die durch Sozialleistungskürzungen

und steigende „Eigenvorsorge“-Aufwendungen verstärkt wird. Bei gleichzeitigem Verzicht auf beschäftigungswirksame öffentliche Investitionen ist ein nennenswerter Anstieg qualifizierter (Vollzeit-)Arbeitsplätze kaum zu erwarten. Wenn man dennoch einen Zustand erreichen möchte, der sich irgendwie „Vollbeschäftigung“ nennen lässt, bleibt nur der Ausweg über den Niedriglohnsektor. Dem – durch repressive Sozialpolitik erzwungenen – wachsenden Angebot an billiger Arbeitskraft wird sicherlich nicht die Nachfrage fehlen, denn durch die zunehmende Polarisierung der Verteilung und der nominell viel stärkeren Entlastung hoher Einkommen durch Steuer- und Sozialreformen wird es mehr Menschen geben, die sich das eine oder andere

Dienstmädchen leisten können (und subjektiv verständlich auch müssen, denn sie selbst haben vor lauter Arbeit keine Zeit für so was). Der Zynismus an dem Gerede über die Not-

wendigkeit von Niedriglohnarbeit liegt im übrigen darin, dass es auch hierzulande längst einen riesigen Niedriglohnsektor gibt: Das WSI-Institut hat in einer Studie herausgearbeitet, dass ein Drittel aller Beschäftigten in Deutschland weniger als 75% des Durchschnittsverdienstes erhält, 12% sogar weniger als die Hälfte, Tendenz steigend. Viele Berufsgruppen, auch solche, die man nicht ernsthaft als geringqualifiziert bezeichnen kann (Kranken- und AltenpflegerInnen, ErzieherInnen, FachverkäuferInnen, FriseurInnen usw.) bekommen schon heute nur sehr niedrige Löhne. Wenn dann davon gesprochen wird, dass ein Niedriglohnsektor erst noch geschaffen werden muss, dann können damit nur US-amerikanische Verhältnisse gemeint sein, in denen vielen Menschen trotz knochenharter, langer Arbeit und äußerster Flexibilität gerade mal das absolute Existenzminimum bleibt. Schöne neue Gerechtigkeit.

Nicht nur zynisch, sondern auch gänzlich absurd ist es, wenn Scholz von „Emanzipation“ schreibt, um seine Konzepte anzupreisen. Das Ziel der sozialdemokratischen Bewegung war es bisher, sich von abhängig, ausbeuterischen, unwürdigen und rechtlich wie sozial ungleichen gesellschaftlichen Verhältnissen zu emanzipieren, zu befreien. Wenn schon die Mehrheit nicht mehr vom Kapitalismus an sich, dann wollten wir uns aber wenigstens innerhalb des kapitalistischen Käfigs von solchen Zuständen soweit in Richtung Freiheit und Gleichheit emanzipieren, wie es nur geht. Deshalb bestand das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik auch nicht nur darin, hohe fachliche Qualifikationen zu ermöglichen, sondern immer auch in umfassender Weltaneignung und

Selbst in sich ist der Ansatz, Sozialpolitik durch Bildungsförderung zu ersetzen, nicht schlüssig.

**WIDERSPRUCH**  
Beiträge zu sozialistischer Politik **44**

**Feminismus, Gender, Geschlecht**

Geschlechterpolitik im Neoliberalismus: Gender Mainstreaming und Gleichstellung; Finanzpolitik und Gender Budget; Frauenrechte und Vereinigte Nationen; Feministische Gewerkschaftspolitik, Lohnungleichheit, Sozialsicherung; Frauenhandel und Freier Markt

St. Jęgher, S. Schunter Kleemann, M. Madörin, B. Nohr, K. Pühl, C. Michel, F. Valtolo, N. Imboden, Th. Wuttrich, S. Kappeler

Diskussion  
F. Haug: Geschlechterverhältnisse  
A. Malcher: Frauen- oder Geschlechterforschung?  
P. Partschert: Zur Debatte um Judith Butler  
T. Solland: Irigaray mit Marx lesen  
C. von Werthof: Schein-Macht des Patriarchats

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenchau

23. Jg./1. Halbjahr 2003 Fr. 25.- / € 16.-

232 Seiten, € 16.- (Abonnement € 27.-) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich Tel./Fax 0041 1 273 03 02 vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Persönlichkeitsentfaltung, in Selbstbestimmung und Demokratie. Doch bei Scholz wird Emanzipation zur „Befreiung“ aus sozialstaatlicher Absicherung, zur bestmöglichen individuellen Anpassung an die Anforderungen von Konkurrenz und Arbeitsmarkt. JedeR ist „frei“ und emanzipiert“, seinen ökonomischen Nutzwert für den Markt, sein „Humankapital“ zu optimieren. Aber er tut dies alles, „frei“ (von solidarischer Sicherung) und „eigenverantwortlich“ – eben „emanzipiert“. Letztlich ist dies viel eher eine „Gleichmacherei“ von Lebensformen als das sozialdemokratische Ziel der Gleichheit der individuellen *Möglichkeiten*.

Doch selbst in sich ist der Ansatz, Sozialpolitik durch Bildungsförderung zu ersetzen, nicht schlüssig. Ein zentrales Ergebnis der PISA-Studie lautet ja bekanntermaßen, dass der Bildungserfolg in Deutschland immer noch erheblich vom sozialen Status der Kinder und Jugendlichen abhängt, dass also ein ausgebautes und (relativ) durchlässiges Bildungssystem allein noch lange keine Chancengleichheit gewährt. Da reicht auch keine (immerhin wieder etwas ausgeweitete) Ausbildungsförderung, denn wir wissen inzwischen, wie sehr Lernmotivation und Bildungszugang bereits in den ersten Kinderjahren geprägt werden, und auch später noch wesentlich vom Klima zu Hause. Ob ein familiäres Umfeld aber eher bildungsfreundlich oder –feindlich ist, hängt wiederum stark von deren sozialen Möglichkeiten und Lebensumständen ab. Das bedeutet, hohe Bildung aus einer „Underclass“-Lebenslage heraus zu erreichen, ist zwar nicht unmöglich, aber doch viel schwieriger. Der Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung mit Bildungsauftrag ist daher ein wichtiger Schritt, doch auch das kann die grundlegende Verbesserung prekärer Lebensverhältnisse durch sozialen Ausgleich nicht ersetzen. Eben deshalb bilden Bildungs- und Sozialpolitik eine Einheit, die nur gemeinsam wirkliche Chancengleichheit herstellen kann. Sie gegeneinander auszuspielen, ist falsch. Da verwundert es kaum noch, dass auch die zweite wichtige PISA-Erkenntnis ignoriert wird: dass Chancengleichheit und gute Bildung für alle nur in einem integrierten Schulsystem zu haben sind. Bildung als „neuen“ Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit zu preisen, aber vor einem dafür zwingend notwendigen Umbau Richtung Integration ängstlich zurückzuschrecken, ist nicht konsequent – und schon gar nicht modern.

#### **Erfordert Wirtschaftsdynamik Ungleichheit**

In der sozialdemokratischen Gerechtigkeitsdebatte hat schließlich ein weiteres

Argument an Gewicht gewonnen: Die Annahme, dass (begrenzte) soziale Ungleichheit für ein dynamisches Wachstum der Wirtschaft förderlich und notwendig sei. Dieses Standardelement aus dem neoliberalen Baukasten hat sich Wolfgang Clement vehement zu eigen gemacht. Da – so die gängige Vorstellung – wirtschaftliches Wachstum letztlich allen zugute komme, auch den Schwachen, sei also gerecht, was Wachstum bzw. Arbeit schaffe.

In sehr viel differenzierterer Weise als bei Clement, Scholz und Co. wird dieser Ansatz auch in einem Papier der SPD-Grundwertekommission vertreten („Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: Die Maßstäbe und Prinzipien sozialdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert“; Zwischenbericht der SPD-Grundwertekommission 2001). Hier wird allerdings das grundsätzliche Verständnis von Gerechtigkeit als annähernd sozialer Gleichheit bestätigt, doch es wird gefragt, unter welchen Umständen soziale Ungleichheit dennoch zu rechtfertigen sei. Anknüpfend an John Rawls (s.o.) sei Ungleichheit nur dann insgesamt legitim, wenn sie auch vor denen gerechtfertigt werden kann, die von ihr (relativ) benachteiligt werden. Dies sei dann der Fall, wenn durch die Ungleichheit eine solche (materielle) Verbesserung erreicht wird, dass es selbst den Menschen am unteren Ende der Skala absolut besser gehe als in einem Zustand der Gleichheit. Formuliert in den 70er Jahren hieß das praktisch: solange es auch dem ärmsten US-Amerikaner besser gehe als dem durchschnittlichen Sowjet-Bürger, ist der Kapitalismus trotz seiner enormen sozialen Ungleichheit moralisch gerechtfertigt. Den Kompromisscharakter des Papiers der Grundwertekommission erkennt man freilich daran, dass trotz dieser vorsichtig formulierten

**Die sozialpolitischen  
Regulierungen der  
Vergangenheit haben den  
wirtschaftlichen Erfolg  
Deutschlands begünstigt.**

theoretischen Weichenstellung dennoch in Bezug auf die bundesdeutsche Realität mehr Gleichheit gefordert wird – anders als bei Clement und Co., wo mit diesem Argument auch noch die zukünftig (u.a. als Folge der eigenen Politik) weiter wachsende soziale Ungleichheit gerechtfertigt wird, bei der man den VerliererInnen nicht ernsthaft einen individuellen Vorteil vogaucken kann.

Doch ob in radikaler oder gemäßiger Form: die Grundannahme dieser These ist falsch. Für die Behauptung, (hohe) soziale Ungleichheit sei gegenüber sozial- und lohnpolitischem Ausgleich wirtschaftlich effizienter, gibt es keinerlei praktischen Beweis. Sie ist ein ideologischer Mythos. Im Gegenteil spricht vieles dafür, dass gerade die so-

## Armut und Kindheit



**Christoph Butterwegge  
Karin Holm/Margherita Zander u.a.  
Armut und Kindheit**

Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich 2003. 321 Seiten. Kart. 16,90 EUR  
ISBN 3-8100-3707-9

In diesem Band werden Ursachen und Erscheinungsformen von Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, auf dem Land und in der Stadt sowie in der sog. Ersten und Dritten Welt miteinander verglichen.

■ **Leske + Budrich**

[www.leske-budrich.de](http://www.leske-budrich.de)

zial- und arbeitsmarktpolitischen Regulierungen der Vergangenheit den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands begünstigt haben – und das die derzeitige Innovations- und Wachstumsschwäche auch in der Erosion der sozialen und Arbeitsbeziehungen begründet ist. (s. Mahnkopf 2000 sowie Arne Heise: Dreiste Elite. Zur politischen Ökonomie der Modernisierung, Hamburg 2003).

Nach aller Kritik an den pseudo-modernen Revisionen bleibt die Frage, welche Alternativen es gibt für eine zeitgemäße sozialdemokratische Politik sozialer Gerechtigkeit. Was die grundsätzliche begriffliche Fassung angeht, gilt die Aussage der Grundwertekommission, „*dass der Abschnitt ‚Grundwerte des Demokratischen Sozialismus‘ des Berliner Programms in seinen Grundaussagen nicht revisionsbedürftig ist. Hier liegt ein in seinen Formulierungen auch sprachlich kaum überbietbarer Text vor.*“ (SPD-Grundwertekommission 2001) Doch wie können diese Grundüberzeugungen praktisch umgesetzt werden, wie kann die programmatische Konzeption eines erneuerten, modernen Sozialstaates im Kontext einer veränderten Arbeitsgesellschaft aussehen? Dies zu klären ist das Ziel der Programmdiskussion in den kommenden Monaten. Die Aufgabe, dies einzulösen, liegt bei der sozialdemokratischen Linken.

sppw 4 / 2003